

Europa und Internationales

Beschluss

SOUVERÄNES EUROPA

SPD- Bundestagsfraktion
27. Oktober 2020

SPD Soziale
Politik für
Dich.

SOUVERÄNES EUROPA

Europa steht mit der Bewältigung der Corona-Pandemie vor der größten Herausforderung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Wie keine Krise zuvor hat uns COVID-19 die innere und äußere Verwundbarkeit der Europäischen Union vor Augen geführt und klar wie selten zuvor aufgezeigt, in welchen Bereichen die EU noch enger und koordinierter zusammenarbeiten und die europäische Integration vorantreiben sollte. Zwar haben die nationalen Alleingänge zu Beginn der Krise gezeigt, wie brüchig die Solidarität und wie gering das Vertrauen in die kollektive Handlungsfähigkeit der Europäischen Union kurzfristig sein kann, wenn die Sicherheit der eigenen Bevölkerung bedroht ist. Doch mittlerweile hat Europa maßgeblich auf Betreiben von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten historische Beschlüsse für einen in seinen Dimensionen bislang einmaligen Wiederaufbaupakt gefasst, um eine gegenseitige Solidarität zu organisieren. Diese wie auch die vielen weiteren gelebten Beispiele gegenseitiger Solidarität bei der gesundheitlichen Bekämpfung der Pandemie suchen weltweit ihresgleichen und zeigen, dass solidarisches Handeln innerhalb der EU gerade auch angesichts einer besonderen Krisensituation einen hohen Stellenwert hat. Gerade vor dem Hintergrund aufziehender Großmächtekonflikte und regelmäßiger Attacken auf die multilaterale Ordnung müssen wir uns gleichwohl den Fragen stellen, in was für einer Welt wir Europäerinnen und Europäer leben wollen und wie wir unsere europäischen Lebensträume auch gegen Widerstände von Innen und Außen verwirklichen können.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Wir wollen ein Europa, das sich als solidarische Schicksalsgemeinschaft auf ein Fundament gemeinsamer Grundwerte von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sowie ein gemeinsames Verständnis des sozialen und gesellschaftlichen Miteinanders stützt und mit seinem Wohlstand allen Bürgerinnen und Bürgern ein gutes Leben ermöglicht. Unabdingbar ist es aus unserer Sicht daher, die europäische Integration voranzutreiben und auch die zwischenmenschlichen Verbindungen der Europäerinnen und Europäer zu fördern. Auch deshalb setzen wir uns für eine Weiterentwicklung und Stärkung von europäischem Austausch über alle nationalen Grenzen hinweg und der Begegnung aller Generationen ein. Denn in dem Maße, in dem wir den inneren Zusammenhalt Europas stärken und die Entwicklung einer grundrechtbasierten europäischen Identität unterstützen, wächst auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Union. Solidarischer Zusammenhalt, persönliche Identifizierung mit Europa und Vertrauen in die institutionelle Handlungsfähigkeit bilden wiederum die Voraussetzung, um Europas Selbstbehauptung und Souveränität nach außen zu stärken. Zur Überwindung globaler Herausforderungen – von Klimawandel, großer sozialer und ökonomischer Ungleichheit und einem international wenig gezähmten digitalen Kapitalismus, über den Rückzug von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in vielen Teilen der Welt, dem Zerfall staatlicher Strukturen auch in unserer Nachbarschaft bis hin zur Erosion der multilateralen Ordnung – ist ein proaktives souveränes Europa essenziell.

Europäische Souveränität ist die Fähigkeit der EU, die eigenen Interessen und Werte eigenständig zu definieren und regelbasiert zu handeln. Es geht um nichts weniger als die politische Handlungsfähigkeit Europas nach innen wie nach außen. Unser Verständnis von Souveränität ist modern und inklusiv. Als souveränes Europa setzen wir unsere politische Kraft deshalb sowohl zur Stärkung und zum Schutz europäischer Werte und Interessen als auch zur

Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der regelbasierten multilateralen Ordnung ein. Eine Stärkung der europäischen Souveränität beschränkt die Handlungsfähigkeit der Mitgliedstaaten nicht, sondern erhöht diese durch gemeinsames europäisches Handeln. Wir verstehen Souveränität umfassend als die selbstbestimmte Handlungsfähigkeit und Selbstbehauptung in der Außen- und Sicherheitspolitik genauso wie in wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und technologischen Fragen. Damit die EU souveräner agieren kann, müssen wir sie in diesen zentralen Politikfeldern nicht nur stärker einen, wir müssen auch das bestehende institutionelle und instrumentelle Gefüge weiterentwickeln, um ihre gemeinschaftliche Handlungsfähigkeit und Gestaltungskraft auszubauen.

Um das Ziel eines souveräneren Europas zu erreichen, werden wir viel Überzeugungsarbeit leisten müssen. Wir wollen die Diskussion, wie wir die Souveränität Europas ausbauen können, engagiert und ergebnisorientiert vorantreiben und im Dialog an gemeinsamen Lösungen arbeiten. Eckpfeiler dieses Dialogs werden immer die europäischen Grundwerte wie die Achtung der Menschenrechte, der Demokratie, der Solidarität, der Rechtsstaatlichkeit und des sozialen Zusammenhalts sein. Diese Werte und das Prinzip der Kooperation sind letztendlich die Grundlage europäischer Souveränität.

Wir wollen ein souveränes Europa, das durch das Setzen globaler Standards in der Digitalisierung und Technologieentwicklung einen Weg einschlägt, der auf fairen Wettbewerb, soziale Innovationen, demokratische Beteiligung und Gemeinwohl setzt und zudem ökologisch nachhaltig ist. Europa ist für den Ausbau seiner wirtschaftlichen und monetären Souveränität vordergründig sehr gut aufgestellt: Dank Zollunion und gemeinsamem Binnenmarkt ist Europa die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt; Produkte mit dem Prädikat „Made in Europe“ sind häufig Weltmarktführer; der Euro ist zur zweitwichtigsten globalen Währung nach dem US-Dollar aufgestiegen; in der Digitalisierung setzt die EU bereits jetzt Standards für den Datenschutz; in Nachhaltigkeitsfragen und bei der Klimapolitik nimmt sie eine Vorreiterrolle ein. Die neue Digitalstrategie, die Industriestrategie, das Weißbuch zu Künstlicher Intelligenz und der European Green Deal mit seinem Mechanismus für gerechten Strukturwandel setzen ambitionierte Ziele und die richtigen Weichenstellungen, deren Bestand nun über die Corona-Pandemie hinaus – gerade angesichts der drohenden globalen Rezession – gesichert werden muss.

Die EU ist bereits jetzt – zusammen mit ihren Mitgliedsstaaten – weltweit die größte Geberin in der Entwicklungszusammenarbeit und die größte Demokratieförderin. Diese Stellung sollte die EU ausbauen – sowohl im Interesse der Partnerländer als auch im eigenen Interesse. Die finanzielle Unterstützung der ärmsten Länder bei der Umsetzung der transformativen Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) muss ein Kernanliegen der EU-Außen- und Entwicklungspolitik sein und sich entsprechend auch in der konkreten Finanzplanung widerspiegeln. Ziel bleibt das Erreichen des 0,7-Prozent-Ziels in Europa für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA-Quote).

Indem ein souveränes Europa seine Werte hinsichtlich der Achtung der Menschenrechte, von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität und sozialem Zusammenhalt sowie Geschlechtergerechtigkeit im Innern wie im Äußeren konsequent umsetzt, vor Angriffen schützt und sie als Leitprinzipien seines Handelns gegenüber Partnern verankert, entfaltet es als Wertegemeinschaft normative Macht. Ein souveränes Europa versteht sich als

selbstbewusste Friedensmacht. Die Europäische Union ist seit knapp 70 Jahren das erfolgreichste Friedensprojekt der Welt und hat den Europäerinnen und Europäern nach zwei desaströsen Weltkriegen und der Überwindung des Kalten Kriegs Frieden, Demokratie und Wohlstand gebracht. Der Aufrechterhaltung und der Weiterentwicklung dieser Errungenschaften ist ein souveränes Europa verpflichtet. Gerade auch für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar, dass ein souveränes Europa ein friedliches und kein interventionistisches ist. Zur Prävention und Beilegung von Krisen und Konflikten in unserer Nachbarschaft setzen wir auf das Primat der Politik, diplomatische Verhandlungslösungen, Konfliktmediation und Instrumente der zivilen Konfliktbearbeitung. Es besteht dringender Handlungsbedarf, den Ausbau dieser zivilen Kapazitäten und Instrumente mit höchster politischer Energie (und den entsprechenden Ressourcen) voranzutreiben. Um unseren Beitrag zu Friedenseinsätzen und kollektiver Sicherheit zu stärken, wollen wir auch die polizeiliche und militärische Zusammenarbeit und mitgliedstaatlichen Kräfte und Kapazitäten auf europäischer Ebene bündeln. Dazu gehört auch der notwendige Ausbau der Verteidigungsunion.

Ein souveränes Europa steht nicht im Widerspruch zur multilateralen Weltordnung. Im Gegenteil, aus einer Position der Stärke kann ein souveränes Europa glaubwürdig als multilateraler Vorreiter agieren und aus eigenem Interesse konstruktiv und verlässlich die multilaterale, regelbasierte globale Ordnung gestalten. Die Integration in multilaterale Regelwerke und die aktive Mitwirkung an deren Weiterentwicklung stehen nicht im Widerspruch zur Stärkung der europäischen Souveränität. Vielmehr ist in einer vernetzten und komplexen Welt die Bereitschaft zu Kooperation die Voraussetzung für die Verwirklichung von Souveränität. Deshalb bringt sich Europa beim Umsetzungsprozess des Pariser Klimaabkommens oder auch bei der Überwindung von Handelskonflikten mit innovativen Ideen in den politischen Diskurs ein. In einer Welt, in der die Diskrepanz zwischen den wachsenden globalen Herausforderungen einerseits und den effektiven Lösungskapazitäten und dem Willen der Staaten zu kooperieren andererseits in der Tendenz größer wird, wirbt ein souveränes Europa mit seinem politischen und ökonomischen Gewicht für multilaterale Lösungen und die Bereitschaft zu Kooperation und Kompromiss.

ÖKONOMISCHE SOUVERÄNITÄT UND SETZEN GLOBALER STANDARDS

Ein souveränes Europa behauptet sich in der zunehmend von geopolitischen Interessen geprägten globalen Ökonomie und schützt seine eigenen ökonomischen Interessen sowie die Resilienz der wohlfahrtsstaatlichen Modelle seiner Mitgliedstaaten: Durch die Entwicklung von globalen Standards, durch den Schutz von Schlüsselindustrien und kritischer Infrastruktur und durch den Ausbau eigener, insbesondere digitaler, Kapazitäten. Die Europäische Union ist eine sehr offene Volkswirtschaft, unser Wohlstand hängt in erheblichem Maße vom globalen Austausch von Gütern, Dienstleistungen, Kapital, Wissen und Technologien ab. Es liegt deshalb in unserem wirtschaftlichen Interesse, auch weiterhin offen und mit internationalen Partnern in einer multilateralen Ordnung in der das internationale Recht geachtet und verteidigt wird und die sich für fairen Wettbewerb und soziale Standards einsetzt, eng verbunden zu sein. Indem wir parallel die Diversität, Robustheit und Leistungsfähigkeit der sozialen europäischen Marktwirtschaft steigern, stärken wir die ökonomische Souveränität Europas. Auf diese Weise können wir gleichzeitig globales Gestaltungspotenzial entfalten und unsere soziale

Marktwirtschaft vor negativen ökonomischen Einflussnahmen und Abhängigkeiten von anderen Ländern schützen. Technologieführerschaft ermöglicht wirtschaftliche und soziale Gestaltung nach eigenen Regeln und das Aushandeln von fairen globalen Regeln auf Augenhöhe. Europäische Souveränität knüpft daher an das Lissabon-Ziel an, die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu entwickeln.

Unser Ziel ist es, in und durch Europa einen Weg in der Digitalisierung und Technologieentwicklung einzuschlagen, der auf fairen Wettbewerb, soziale Inklusion und Innovation, demokratische Beteiligung und Gemeinwohl setzt und zudem ökologisch nachhaltig ist. Der European Green Deal und der Just Transition Mechanism sind aus unserer Sicht daher entscheidende Weichenstellungen, um die europäische Wirtschaft im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation umzubauen. Zum europäischen Versprechen gehört, dass möglichst viele am Wohlstand teilhaben können und die weniger Leistungsfähigen geschützt werden. In Europa soll der wirtschaftliche mit dem sozialen Fortschritt einhergehen, denn es handelt sich hierbei nicht um Gegensätze, sondern um eine Stärke, die auch Innovation befördert. Bei allen Unterschieden macht das unser gemeinsames Verständnis des sozialen Miteinanders aus. Ein gutes und menschenwürdiges Leben für alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger und damit auch der Abbau ökonomischer und sozialer Ungleichheiten in und zwischen den Mitgliedstaaten gehören zu den europäischen Kernversprechen. Daher wollen wir die Europäische Säule Sozialer Rechte durch verbindliche Standards wie Rechtsrahmen für Mindestlöhne und für nationale Grundsicherungssysteme umsetzen und uns zugleich für starke Sozialpartnerschaft in Europa einsetzen. Die Investition in (Weiter-)Bildung, gute Arbeit und Jobs von morgen stärkt Europas wichtigste wirtschaftliche Ressource: Die europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Den Sozialstaat europäischer Prägung verstehen wir als Erfolgsfaktor in einer globalen Ökonomie.

WÄHRUNGS- UND FINANZPOLITIK

Die Souveränität Europas zu stärken bedeutet auch, europäische Finanzpolitik aus der Perspektive globaler Herausforderungen zu verstehen. Es war ein sozialdemokratischer Finanzminister, der mit seinem französischen Amtskollegen die historischen Beschlüsse zum europäischen Corona-Aufbaufonds vorbereitet hat, indem er mutig neue Wege gegangen ist und nicht die Konflikte der Vergangenheit ausgetragen hat. Es gilt nun diese Dynamik zu nutzen, um die **internationale Rolle des Euro** auszubauen und die institutionelle Architektur und Governance-Struktur der Währungsunion weiterzuentwickeln und damit das Vertrauen in die Stabilität der Eurozone zu sichern. Neben einer Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, die mehr Investitionen ermöglichen soll, umfasst dies im Kern die Vollendung der **Banken-, Kapitalmarkt- und Fiskalunion**. Dies kann einen integrierten und tiefen, d.h. liquiden, europäischen Kapital- und Bankenmarkt schaffen und die finanzielle Fragmentierung innerhalb Europas auflösen.

Der europäische Wiederaufbaufonds wird ein neues Angebot an sicheren, auf Euro ausgestellten gemeinschaftlichen und nicht von einzelnen Mitgliedstaaten begebenen Anleihen/Bonds (Safe Assets) schaffen. Wir wollen diese Tatsache für eine offene und ideologiefreie Debatte über dieses Instrument nutzen. Dazu zählt aber auch, über neue Einnahmequellen für die EU nachzudenken, um die Anleihen so wie es vereinbart wurde tilgen

zu können. Um einseitiger, gegen europäische Interessen gerichteter Politik wirksam entgegenzutreten und eigenständig handeln zu können, muss die EU Unternehmen und Banken eine Alternative zur Finanzierung in Dollar anbieten können. Die Schaffung einer Fiskalunion mit Mehrheitsentscheidungen in der Steuerpolitik würde den schädlichen innereuropäischen Steuerwettbewerb reduzieren, mehr Steuergerechtigkeit schaffen und die Möglichkeit eröffnen, eigene Einnahmen für die EU zu erzielen. In diesem Zuge sollten wir, aufbauend auf die Ratschlussfolgerungen zu Next Generation EU und dem mehrjährigen Finanzrahmen für 2021 – 2027, eine ambitionierte Finanztransaktionssteuer einführen, ebenso wie eine Steuer auf global agierende Unternehmen, die sich der angemessenen Besteuerung bisher entziehen – allen voran aus der Digitalwirtschaft. Wir unterstützen die Gespräche zu Mindestbesteuerung im Rahmen der OECD. Sollten diese scheitern, wird Europa aber notfalls auch allein vorangehen müssen. Denn weder Kapitalmarkt noch Digitalwirtschaft beteiligen sich bislang – gemessen an ihren enormen Gewinnen – adäquat an der Finanzierung von Gemeinwohlaufgaben. In diesem Sinne sollte auch darüber diskutiert werden, wie die vermögensbezogenen Steuern in den EU-Mitgliedstaaten angemessen ausgestaltet werden können.

HANDELSPOLITIK

Als offene Volkswirtschaft, die über begrenzte natürliche Ressourcen verfügt, profitiert Europa in erheblichen Maß vom internationalen Handel. Die Stärkung des internationalen, regelbasierten Handelssystems ist und bleibt Richtschnur der EU-Handelspolitik. Eine wichtige Rolle dabei spielen Lieferketten, die drei Viertel des globalen Handels ausmachen und erheblich zu Wohlstand und Arbeit in der EU beitragen. Gerade der als Reaktion auf die Corona-Pandemie geforderte Rückbau globaler Lieferketten – sog. „Reshoring“ – ist daher als breites Konzept weder realistisch noch sinnvoll. Vielmehr sollte eine weitere Diversifizierung von Lieferketten erfolgen, um den Ausfall eines Kettenglieds abfedern zu können. Es ist notwendig, dass Unternehmen ihre Wertschöpfungsketten sozial und ökologisch nachhaltig ausgestalten. Wir setzen uns für einen EU-Aktionsplan zur Stärkung der Unternehmensverantwortung in globalen Lieferketten ein, der menschenrechtliche, soziale sowie ökologische Standards und Transparenz fördert und den Erfahrungen und Lehren der Corona-Pandemie Rechnung trägt. Das Ziel ist eine EU-weite verbindliche Regelung zur unternehmerischen Sorgfaltspflicht, welches das aktuell geplante Sorgfaltspflichtgesetz („Lieferkettengesetz“) auf nationaler Ebene in Deutschland um eine europäische Ebene ergänzt. Dies dient der kohärenten Umsetzung der Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte sowie der OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen und der Dreigliedrigen Grundsatzklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik der ILO. Produkte, die auf den europäischen Markt kommen, müssen hohe Standards erfüllen. Dazu muss auch gehören, dass die EU aktiv den ökologischen Umbau von Produktionskapazitäten in Partnerländern fördert.

Auch in der Handelspolitik bleiben **multilaterale Lösungen** der bevorzugte Weg. Die EU soll sich weiterhin für gemeinsam und solidarisch gestaltete globale handelspolitische Strukturen einsetzen. Dafür muss die WTO als Überwachungs-, Durchsetzungs- und Streitschlichtungsinstanz gestärkt und ausgebaut werden. Plurilaterale Abkommen müssen grundsätzlich als offene Abkommen unter dem Dach der WTO und unter Berücksichtigung der Interessen der schwächsten Entwicklungsländer verhandelt werden und bilaterale Verträge

müssen zwingend WTO-konform sein. Eine starke WTO mit einer funktionierenden Streitschlichtungsinstanz ist auch der geeignete Rahmen für die Beilegung von Handelsstreitigkeiten und -konflikten. Lösungen für Handelskonflikte können neben dem Streitschlichtungsverfahren auch über bilaterale, aber WTO-konforme, Abkommen beigelegt werden. Wir begrüßen den Ansatz, auch über multilaterale Handelspolitik Fortschritte in den Bereichen Menschenrechte, Klima- und Umweltpolitik und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Dies muss weiter forciert werden.

Zur Stärkung einer souveränen EU begrüßen wir auch den Abschluss bilateraler EU-Freihandelsabkommen mit Partnern weltweit, sofern sie im Einklang mit den Regeln der WTO stehen und eine progressive Agenda für eine nachhaltige und faire Handelspolitik umsetzen. Mit den **Nachhaltigkeitskapiteln** in ihren bilateralen Handelsabkommen hat die EU in den vergangenen zehn Jahren einen neuen Standard etabliert und ihre handelspolitische Souveränität ausgebaut. Ihr ist es gelungen, wirtschaftliche Interessen stärker in Einklang mit sozialen und nachhaltigen Interessen zu verfolgen. Der zugrundeliegende kooperative Ansatz wurde bereits in Handelsabkommen mit Vietnam, Kanada oder Japan umgesetzt. Gleichwohl treten einige Schwächen zutage, wo wir Nachsteuerungsbedarf sehen: Auf Verletzungen oder Einschränkungen der rechtsverbindlich vereinbarten Standards muss rasch und effektiv reagiert werden. Mit diesem Ziel müssen in allen EU-Handels-, Investitions- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen verbindliche soziale (u.a. ILO- Kernarbeitsnormen), menschenrechtliche und ökologische Standards und konkrete Beschwerde-, Überprüfungs-, Folge- und Sanktionsmechanismen vereinbart werden.

DIGITALWIRTSCHAFT UND DATENPOLITIK

Digitalisierung und Technologisierung werden mehr und mehr zur Grundlage von Wettbewerbs- und Handlungsfähigkeit. Europa muss dringend die digitale Souveränität erhalten und an vielen Stellen auch wieder zurückgewinnen. Zentrale Ansätze dabei sind freier Code, offene Standards und Interoperabilität. Um die Abhängigkeit von den marktdominierenden außereuropäischen Tech-Konzernen zu reduzieren und einen menschenzentrierten, wertebasierten Ansatz umsetzen zu können, muss ein wirtschaftlich und digital souveränes Europa seine technologischen und digitalen Kompetenzen konsequent ausbauen.

Die Entwicklung von Schlüsseltechnologien, insbesondere in den Bereichen KI und Robotik, müssen wir durch eine Verbreiterung der europäischen **Forschungs- und Wissenschaftsbasis** und den Wissenstransfer in Unternehmen und Start-ups stärken. Hierzu sollten wir der öffentlichen Hand Instrumente und finanzielle Spielräume an die Hand geben, um Innovationsräume zu schaffen und gezielt massiv zu investieren. Auch die amerikanischen GAFAMs (also die großen US-amerikanischen Technologie-Unternehmen Google (Alphabet), Amazon, Facebook, Apple und Microsoft und ihre chinesischen Pendantes sowieso) profitierten von strategischer staatlicher Innovationsförderung und der Verwendung von Technologien, die staatlich finanziert und gefördert wurden oder in staatlichen Forschungseinrichtungen entstanden sind. So können durch staatliche Bürgschaften Hochrisikoinvestitionen in digitale Technologien abgesichert werden („Digital-Hermes“), staatliche Beteiligungen als Anteilseigner in Tech-Start-Ups ein schnelles Aufkaufen durch Großunternehmen verhindern bzw. Beteiligungen begrenzt oder durch einen digitalen Genossenschaftsfond der Aufbau

kommunaler IT-Dienste gefördert werden. Außerdem müssen wir in Europa mit einem **modernen, vorausschauenden und proaktiven Kartellrecht** ein „Level Playing Field“ für europäische Unternehmen schaffen, das Wettbewerbsverzerrungen durch konkurrierende nicht-EU-Unternehmen, die ausländische Staatssubventionen erhalten, unterbindet. Verstärkte Investitions-, Kapitalverkehrs- und Exportkontrollen oder die Einrichtung von eigenen EU-Investitionsfonds, die im Bedarfsfall als öffentlicher Investor auftreten, sind Mittel, die heimische Unternehmen, die zentral für die europäische Sicherheit sind, vor ausländischer Einflussnahme und Übernahme schützen können. Ebenso muss Europa auf dem Gebiet der Luft- und Raumfahrt viel stärker als bisher auf den Einsatz eigener Infrastruktur und Projekte setzen, um bei weitreichenden Forschungsvorhaben nicht ins Hintertreffen zu geraten. Nur im europäischen Verbund ist es möglich, die dafür notwendigen Ressourcen zu bündeln und zielgerichtet einzusetzen.

In den kommenden Jahren wird Europa massiv in seine digitale Infrastruktur investieren müssen. Die Debatte um die Zulassung chinesischer 5G-Technologie hat unterstrichen, wie wichtig es auf der einen Seite ist, Regelungen für den Schutz kritischer Infrastruktur zu haben, und wie essentiell es auf der anderen Seite ist, selbst über die entsprechenden technologischen Kapazitäten oder zumindest aufgrund diversifizierter Handelsbedingungen über Alternativen zu verfügen. Dabei haben wir bei 5G noch zwei führende Unternehmen mit Hauptsitz in Europa. Sie besitzen damit einen standortbedingten Vertrauensvorteil und sollten nicht durch zum Teil staatlich subventionierte internationale Hersteller vom europäischen Markt verdrängt werden. Einseitige technologische Abhängigkeiten, wie sie aktuell in vielen Bereichen vorliegen, schränken die Souveränität Europas ein. Dies gilt auch für die Sicherheit digitaler Systeme und Infrastrukturen. Schritte zur und aufgebaut werden. Auch gibt es bislang kaum Alternativen zur Dateninfrastruktur (Clouds, Plattformen) oder Suchmaschinen großer nicht-europäischer Tech-Konzerne. Mit GAIA X hat die EU ein ambitioniertes Projekt für datenschutzkonforme Cloud-Infrastruktur für Industrieunternehmen auf den Weg gebracht, das Interoperabilität verspricht. Sollte dies ein Erfolg werden, wäre das ein großer Schritt hin zu europäischer Datensouveränität. Neben der Infrastruktur für Industrieunternehmen bedarf es aber auch öffentlich bereitgestellter Infrastruktur für nicht-kommerzielle Zwecke. Insgesamt ist unser Ziel, **Dateninfrastruktur als öffentliches Gut** zu verstehen und dementsprechend auszubauen und zu regulieren.

Daten sind eine zentrale Ressource des Fortschritts und die Potenziale der Datennutzung beispielsweise durch Anwendungen der Künstlichen Intelligenz (KI) ist enorm. Die **Datenschutzgrundverordnung** etabliert einen umfangreichen Schutz personenbezogener Daten. Klar ist, dass Nutzerinnen und Nutzer Entscheidungsmacht darüber haben müssen, was mit ihren Daten geschieht und wer sie zu welchen Zwecken verarbeitet. Aber nicht alle Daten sind überhaupt personenbeziehbar. Bei anderen als personenbeziehbaren Daten sollten marktbeherrschende Unternehmen verpflichtet werden, ihre gesammelten **Daten zu teilen**. Dies würde Datenmonopole zerschlagen und anderen Unternehmen die Möglichkeit bieten, ebenfalls von diesen Daten zu profitieren. So werden Marktungleichheiten im globalen Datenkapitalismus abgebaut. Deshalb setzen wir uns auch für die stärkere Förderung von oft weniger profitablen Innovationen und Projekten in den Bereichen Open Data, Open Source und Creative Commons ein.

KLIMAPOLITIK

Europa hat das Potenzial, international eine **Vorreiterrolle** bei der Bekämpfung des globalen Klimawandels und der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens einzunehmen. Jedoch reicht das aktuelle Klimaziel der EU von 40 Prozent CO₂-Einsparungen bis 2030 nicht aus, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Unser Ziel ist, Europa zum ersten nachhaltigen und treibhausgasneutralen Kontinent bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts zu machen. Daher müssen wir unsere CO₂-Emissionen noch stärker reduzieren und sollten ein Reduktionsziel von mindestens 55 Prozent bis 2030 setzen. Zur Hälfte des Jahrhunderts, also 2050, soll die EU klimaneutral sein. Das ist ambitioniert, aber der von der EU-Kommission vorgeschlagene **European Green Deal** legt für den notwendigen, tiefgreifenden Umbau unserer Wirtschaft bereits die richtigen Grundsteine und stellt somit einen internationalen Benchmark für die Transformation von Industriegesellschaften dar. Um angesichts der hohen Investitionskosten zum Umbau der verschiedenen Wirtschaftssektoren die internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas zu erhalten und zu verhindern, dass emissionsintensive Branchen und mit ihnen deren Emissionen aus der EU abwandern, unterstützen wir multilaterale Lösungen zur Beschränkung des CO₂-Ausstoßes. Sollten diese nicht schnell genug umsetzbar sein, fordern wir die Einführung eines Grenzsteuerausgleichs auf CO₂-intensive Importe („Carbon Border Tax“), idealerweise im Rahmen des Regelwerks der WTO oder seiner Weiterentwicklung. Dieses Instrument soll einerseits Lenkungswirkung auch für im Ausland produzierte Güter und Waren entfalten und andererseits die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Produkte sichern. Gleichzeitig ist es notwendig, emissionsarme Produktionsprozesse durch gezielte staatliche Förderung möglichst rasch zur Marktreife zu bringen. Mit Hinblick auf die starken Handelsverflechtungen der EU mit dem Rest der Welt und der starken Exportorientierung in wichtigen Teilen des verarbeitenden Gewerbes ist zudem darauf zu achten, dass die Einführung des Grenzsteuerausgleichs nicht zu einer weiteren Verschärfung von Handelskonflikten führt, sondern stattdessen ein Wandel weg von CO₂-lastiger Produktion auch in Partnerländern erreicht und gefördert werden kann.

Um die sozial-ökologische Transformation zum Erfolg zu bringen ist es notwendig, mehr autonome Handlungsfähigkeit durch den Ausbau europäischer Kapazitäten zu erlangen. Dazu zählt zu allererst, den Energiemix zu diversifizieren, die bestehende Abhängigkeit von fossilen Energielieferungen abzubauen und den Anteil Erneuerbarer Energien zu steigern. Auch hier sind wir jedoch bislang von außereuropäischen Produkten abhängig. Ein **Ausbau Erneuerbarer Energien** sollte daher Hand in Hand mit einer Ausweitung europäischer Kapazitäten im grünen Hochtechnologiebereich gehen, um bestehende Abhängigkeiten zu verringern und im globalen Handel wettbewerbsfähig zu sein. Die deutsch-französische Initiative zum Ausbau der Batterieentwicklung und -produktion ist ein guter erster Schritt, dem weitere Initiativen folgen müssen. Darüber hinaus müssen wir weitere **finanzielle Ressourcen mobilisieren** und entsprechend **lenken**, um die ambitionierte Umsetzung des European Green Deal zu ermöglichen, die europäischen Klimaziele zu erreichen und keine soziale Schieflage bei der Lastenverteilung entstehen zu lassen. Dazu sollte die Europäische Investitionsbank zur Europäischen Klimabank weiterentwickelt werden. Ein weiteres zentrales Anliegen sollte sein, europäische Standards für „Nachhaltige Finanzanlagen“ zu etablieren.

POLITIK FÜR FORSCHUNG UND INNOVATION

Wissenschaft und Forschung sind von elementarer Bedeutung für die zukünftige Handlungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft. Wir unterstützen deshalb das Ziel, Europa zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Wichtige Bausteine liegen dafür bereits vor: Die **langfristig angelegten Forschungsprogramme** der Europäischen Union, das für die nächsten sieben Jahre geplante Forschungsprogramm Horizon Europe, der durch die Bologna-Reform geschaffene **gemeinsame europäische Hochschulraum**. Heute ist die Hochschulausbildung europaweit vergleichbar, passgenauer für eine wissenschaftsbasierte Berufstätigkeit in einem zunehmend europäischen Arbeitsmarkt, und die grenzüberschreitende Mobilität in Europa und darüber hinaus wurde erhöht.

Auf diesen Erfolgen müssen wir aufbauen, denn ein zukunftsfähiger Ausbau und eine konkurrenzfähige Finanzierung der zentralen europäischen Programme für Bildung, Forschung und Wissenschaft sind wichtige Bausteine eines souveränen Europas. Europa braucht eine nachhaltige Stärkung des wegweisenden und weltweit einmaligen Erasmus+-Programms, das auch die berufliche Aus- und Weiterbildung stärker in den Fokus nehmen sollte. Die Vergleichbarkeit aller beruflichen und akademischen Abschlüsse und eine transparente, unkomplizierte und europaweit gültige Anerkennung sind herzustellen. Die Förderung der europäischen Lehrerweiterbildung und des Lehreraustausches ist ein weiteres wichtiges Element, das zu stärken ist. Das europäische Hochschulnetzwerk muss weiter ausgebaut werden und die eingerichteten Hochschulallianzen, die über nationale Grenzen hinweg in umfassenden Konsortien in Lehre und Forschung zusammenarbeiten, müssen weiter unterstützt werden. Europa soll ein Kernbestandteil der Bildungsbiographie junger Menschen werden, damit auch die gemeinsame europäische Identität als Basis eines souveränen und gesellschaftlich fest verankerten Europas gestärkt werden kann.

Auch institutionell wollen wir den Forschungs- und Wissenskонтinent Europa selbstbewusster machen: Die Bologna-Konferenzen sollen zu einer **Europäischen Hochschulkonferenz** weiterentwickelt werden mit dem Ziel sich für die Wissenschaftsfreiheit einzusetzen, mehr akademische Bildungsteilnahme und Bildungsmobilität sowie den Austausch und die Vergleichbarkeit in ganz Europa zu fördern.

Eine **europäisch geeinte Wissens- und Forschungslandschaft** mit einem dichten Netz an Kooperationen, gemeinsamen Programmen und gezielt geförderten Leitprojekten kann auch gegenüber den großen digitalen Plattformen, außereuropäischen Spitzenuniversitäten und Forschungseinrichtungen sowie den großen Wissenschaftsverlagen selbstbewusst auftreten. Europa sollte Open Source und Open Science fördern und so nachhaltige und faire Nutzungsvereinbarungen unterstützen und sicherstellen, dass öffentlich finanzierte Forschung auch der Allgemeinheit frei zur Verfügung steht. Dies ist ein Kernbestandteil der wissenschaftlichen Souveränität in einem Europa der Forschung und der Innovation.

NORMATIVE STRAHLKRAFT FÜR EUROPÄISCHE WERTE

Wir wollen die Souveränität Europas als normative Macht stärken. Das bedeutet, unsere europäischen Werte von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität und sozialen Zusammenhalt im Innern wie im Äußeren konsequent umzusetzen, vor Angriffen zu schützen und sie als Leitprinzipien unseres Handelns gegenüber Partnern zu verankern. Hierzu müssen wir entschieden gegen Entdemokratisierungstendenzen in Mitgliedsländern vorgehen sowie Demokratie, Entwicklung und Menschenrechte weltweit fördern. Wir gehen offensiv in den anhaltenden Systemwettbewerb mit autokratischen Systemen und treten mit großem Engagement für Demokratie und Menschenrechte sowie gegen die Verbreitung von Autoritarismus und Nationalismus ein.

Um **Verletzungen von europäischen Grundwerten** in den Mitgliedstaaten zu sanktionieren, treten wir für einen wirksamen und effektiven Rechtsstaatsmechanismus ein, der es ermöglicht, dass die Auszahlung von EU-Haushaltsmitteln gekürzt oder ausgesetzt wird, bis rechtsstaatliche Standards wiederhergestellt sind.

Als wichtigen präventiven Schritt zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit sehen wir die jährliche Veröffentlichung des Kommissionsberichts zur **Lage der Rechtsstaatlichkeit** in der EU insgesamt und in jedem Mitgliedstaat. Darüber hinaus sollte auch der Zustand von Demokratie und Grundrechten in den Mitgliedstaaten intensiver überprüft, bewertet und diskutiert werden, wie es das Europäische Parlament fordert. Kampagnen demokratiefeindlicher Akteure, teils gesteuert von außereuropäischen Staaten, streuen Desinformationen, beeinflussen die öffentliche Meinung, manipulieren Wahlen und untergraben das Vertrauen in die Demokratie. Wir müssen mehr zur Aufklärung und Widerlegung von Falschinformationen beitragen, vor allem aber müssen wir die Gangart gegenüber Sozialen Medien verschärfen und aus den bisher nur freiwillig geltenden Verhaltenskodizes verbindliche machen und diese im geplanten **Gesetzespaket über digitale Dienste** festschreiben.

Das Ziel der Gleichstellung und die Verpflichtung zu einer aktiven Gleichstellungspolitik sind im Primärrecht der EU verankert. Wir setzen uns daher für die Integration der Geschlechtergleichstellung in wirtschaftliche Entscheidungsprozesse und eine ernsthafte Berücksichtigung von Gleichstellungsfragen in der Wirtschaftspolitik ein. Insofern unterstützen wir die EU-Gleichstellungsstrategie 2020–2025 der EU-Kommission mit ihren sechs Aktionsschwerpunkten und die EU-weite Ratifizierung der Istanbul-Konvention ein.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik bedarf eines konzeptionellen Auftriebs. Mehr denn je ist die Nachbarschaft im Süden wie im Osten durch Krisen und Fragilität sowie durch die wachsende Einflussnahme anderer Staaten geprägt. Die Heranführung und Integration der Länder des Westbalkans in die Europäische Union ist von vitalem strategischem Interesse für Deutschland und die Europäische Union. Die Länder des Westbalkans haben deshalb eine eindeutige Beitrittsperspektive, und müssen auf ihrem Weg dorthin weitere Unterstützung bekommen, gestützt auf attraktive Wirtschaftsförderungsprogramme einerseits und Fortschritte in der Rechtsstaatsentwicklung andererseits. Mit den Abkommen zur „Östlichen Partnerschaft“ und der „Union für das Mittelmeer“ hat die EU wichtige Beiträge zur regionalen Entwicklung geleistet. Als souveränes Europa müssen wir unser bisheriges Engagement jedoch verstärken – insbesondere auch vis-à-vis Staaten wie China und Russland, die mit eigenen Interessen und umfangreichen Kooperationsvorhaben wie dem chinesischen 17+1-Format in

der Region aktiv sind. Für beide Nachbarregionen gilt es, differenzierte und maßgeschneiderte Kooperationsangebote gemäß dem Ansatz „Mehr für Mehr“ zu formulieren, die rechtsstaatliche Reformen – etwa mit Blick auf eine unabhängige Justiz, die Achtung von Menschenrechten, den Schutz der Pressefreiheit und die Bekämpfung von Korruption – durchsetzen. Im Gegenzug wollen wir die wirtschaftlichen Beziehungen noch stärker verflechten und Handelsabkommen, die die Interessen der jeweiligen Länder dezidiert berücksichtigen, asymmetrisch und progressiv ausgestaltet sind sowie einen Schwerpunkt auf die Gewährleistung von Arbeits- und Nachhaltigkeitsstandards in der Region setzen, unterstützen. Europa gewinnt auch an Souveränität, wenn unsere südlichen und östlichen Nachbarn am europäischen Wohlstand teilhaben.

Als weltweit größte **Demokratieförderin** muss sich die EU auch und insbesondere in Krisenzeiten für Demokratie und Gute Regierungsführung im globalen Süden einsetzen. Programme zur Demokratieförderung sollten weiter ausgebaut und modernisiert werden, um eine nachhaltige, inklusive, stabile und friedliche Entwicklung der europäischen Partnerländer zu gewährleisten. Um Verstöße gegen Menschenrechte global zielgerichtet ahnden zu können, sollte ein EU-weites Sanktionssystem errichtet werden, wie es das Europäische Parlament einfordert. Dies würde ermöglichen, schwerste Menschenrechtsverletzungen besser zu verfolgen, Täterinnen und Tätern die Einreise in die EU zu verweigern und deren in europäischen Banken geparktes Vermögen einzufrieren. Gleichzeitig unterstreicht solch ein Sanktionsmechanismus unseren Durchsetzungswillen in Menschenrechtsfragen und stärkt unser selbstbewusstes Auftreten als souveränes Europa.

Die Europäische Union braucht eine humanitäre, langfristige und belastbare **Asyl- und Flüchtlingspolitik**. Das gescheiterte Dublin-System muss durch ein funktionierendes gemeinsames Asylverfahren abgelöst werden, das sich durch Humanität gegenüber Schutzsuchenden und Solidarität gegenüber den Staaten, die bislang die Hauptlast der Migration tragen, auszeichnet. Das Asylsystem soll so weiter europäisiert und das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen dafür zu einer vollwertigen europäischen Asylagentur ausgebaut werden. Europaweit sollen offene Asylzentren auf EU-Territorium geschaffen werden, die sich an den Standard der deutschen Einrichtungen anlehnen und in denen alle Schutzsuchenden ein faires Asylverfahren mit einer maximalen Verfahrensdauer von drei Monaten erhalten. Dazu zählt, dass eine einheitliche Rechtsanwendung sowie der Zugang zu Beratung und Rechtsbeistand ebenso gewährleistet sind wie auch verbindliche Höchstbelegungszahlen und Höchstaufenthaltszeiten. Für die Dauer des Verfahrens gilt eine Wohnsitzauflage, entsprechende Leistungen werden in der zugewiesenen Einrichtung erbracht. Erst bei positivem Ausgang des Verfahrens soll eine solidarische Verteilung auf die Mitgliedstaaten erfolgen. Gleichzeitig wollen wir im Sinne einer flexiblen Solidarität die gegenseitigen Schuldzuweisungen beenden: Staaten, die keine Geflüchteten aufnehmen wollen, müssen das System über den EU-Haushalt mitfinanzieren oder vergleichbare materielle oder personelle Leistungen erbringen.

Die **Entwicklungspolitik der EU** bedarf einer Grundüberholung und sollte der sich ausweitenden Marktlogik entzogen werden. In der Tradition der 2015 verabschiedeten „Addis-Aktionsagenda für Entwicklungsfinanzierung“ muss stattdessen auf fairen Handel und erhöhte und in Qualität, Wirksamkeit und Effektivität verbesserte öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) gesetzt werden. Um öffentliche Mittel in den Ländern

selbst zu mobilisieren, kann die EU sich sowohl an der Anpassung und Festsetzung internationaler Normen zur Besteuerung als auch an der Bekämpfung von Steuer- und Kapitalflucht beteiligen. Zur Eindämmung kritischer Verschuldung kann die EU Vorschläge für „Schuldenswaps“ aufgreifen. Auslandsschulden würden hierbei gegen jährliche Zahlungen in einen Resilienzfonds eingetauscht. Nicht zuletzt sollte die EU ihren Beitrag zur Finanzierung globaler öffentlicher Güter leisten und zusätzliche finanzielle Ressourcen für die Klimafinanzierung mobilisieren, die sie nicht auf ihre ODA-Leistungen anrechnet. Zudem muss die EU ihre Entwicklungspolitik noch deutlicher an der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (VN) ausrichten. Allein um die ersten beiden elementaren Ziele, extreme Armut wie auch Hunger und alle Formen der Fehlernährung zu beenden, zu erreichen, bedarf es ein Vielfaches der bisherigen internationalen Bemühungen. Hierbei muss, auch im Sinne der Stärkung des Multilateralismus, die EU vorangehen.

Um die Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern zu stärken, muss auch die EU-Agrarpolitik noch stärker daraufhin überprüft und angepasst werden, damit EU-Agrarexporte nicht die Landwirtschaft und lokale Märkte im globalen Süden schädigen.

EIN SOUVERÄNES EUROPA ALS SELBSTBEWUSSTE FRIEDENSMACHT

Zur Lösung von Krisen und Konflikten setzt ein souveränes Europa auf das Primat der Politik, Diplomatie und Dialog, zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, Demokratie- und Friedensförderung und einen kooperationsbasierten Multilateralismus. Grundlegende Voraussetzung für eine frühzeitige und wirksame Prävention von Krisen und Konflikten ist aber auch, dass die EU gegebenenfalls auch militärisch als geeinter und somit glaubwürdiger Akteur in friedens- und sicherheitspolitischen Fragen handelt. Hierfür bedarf es institutioneller Reformen und des politischen Willens, das große, offene europäische Integrationsprojekt im Bereich Friedens-, Sicherheits-, und Verteidigungspolitik ambitioniert voranzutreiben.

Die Gewissheit, dass sich Europa auf die transatlantische Sicherheitszusage bedingungslos verlassen kann, beginnt Risse zu zeigen. Es sind mehr Anstrengungen erforderlich, um europäische Sicherheit aus eigener Kraft zu garantieren. Dafür müssen nationalstaatlich ausreichende Ressourcen bereitgestellt werden und wir müssen den politischen Willen aufbringen, diese auf europäischer Ebene besser zu koordinieren und zu bündeln. Die Wahrung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Souveränität Europas ist für uns aber kein Gegensatz zur transatlantischen Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft, sondern vielmehr die Voraussetzung dafür, dass die Einbettung in die **transatlantische Allianz** in Zukunft nicht einem Sachzwang der militärischen Abhängigkeit geschuldet ist, sondern Ausdruck eines wahrhaft souveränen europäischen Bekenntnisses zur transatlantischen Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft auf Basis gemeinsamer Werte.

Ein souveränes Europa soll zum Anker für internationale **Krisenprävention und Friedensförderung** werden. Das EU-Außenhandeln sollte deshalb strategisch und kohärent auf die Verhütung und Bewältigung von Krisen ausgerichtet werden. Alle Instrumente der EU – Außenwirtschafts-, Umwelt-, Handels-, Entwicklungs- und Finanzpolitik – müssen zusammen für den Frieden wirken. Die EU braucht eigene Strategien, wie der Frieden insbesondere in fragilen und von Gewalt betroffenen Staaten wiederhergestellt und gesichert werden kann. Der von der Bundesregierung angestoßene Prozess, EU-Leitlinien für Krisenprävention,

Konfliktbewältigung und Friedensförderung zu entwickeln, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Ebenso begrüßen wir die Gründung des Europäischen Kompetenzzentrums für Ziviles Krisenmanagement in Berlin. Mit unserer Politik wollen wir eine Abkehr von einer ad hoc-getriebenen, reaktiven Sicherheitspolitik, die in erster Linie daran orientiert ist, Bedrohungen von außerhalb der Union abzuwehren, ohne jedoch ausreichend die Ursachen in Blick zu nehmen und ernsthaft anzugehen.

Die zivilen Fähigkeiten für **Krisenreaktions- und Friedenseinsätze** müssen innerhalb der EU ausgebaut und weiterentwickelt werden. Die Pläne der Mitgliedstaaten zur Umsetzung des Zivilen Pakts für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik müssen hierfür die Richtschnur des Handelns bleiben. Ein souveränes Europa sucht eine enge Zusammenarbeit mit den VN, der NATO, der AU und der OSZE. Im Kern muss es darum gehen, die Partnerschaften mit diesen Organisationen weiter auszubauen und ihnen deutsche und europäische Fähigkeiten zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus muss ein souveränes Europa eigene originär europäische Fähigkeiten für autonome und robuste EU-Einsätze entwickeln, die im Rahmen von völkerrechtlichen Mandaten und Organisationen der kollektiven Sicherheit durchgeführt werden. Zusätzlich zur Entwicklung dieser Fähigkeiten, sollte der Weg der Integration der europäischen Streitkräfte hin zu einer einheitlichen europäischen Streitkraft, weiter beschritten werden.

Insbesondere in den Nachbarregionen des postsowjetischen Raums, des Nahen Ostens oder in Afrika übernimmt die EU bereits mehr sicherheitspolitische Verantwortung, wie das Minsk-Abkommen für die Ost- Ukraine, das Nuklearabkommen mit Iran (JCPoA), die Berliner Libyenkonferenz und die Mission Irini oder das Sahel-Engagement zeigen. Diplomatie hat stets Vorrang, doch auch eigene militärische Fähigkeiten der EU gehören dazu, einschließlich der Kernkompetenzen in der Rüstungsindustrie. Ziel unserer Anstrengungen im Verteidigungsbereich ist es, die Fähigkeiten für die Verteidigung Europas gemeinsam auszubauen. Wir müssen die Entwicklung und Einsatzbereitschaft militärischer Fähigkeiten in der EU deutlich vorantreiben. Angesichts US-amerikanischer Pläne, die Präsenz in Deutschland zu reduzieren, gilt es zu prüfen, welche Teile dieser Infrastruktur zukünftig durch die europäischen NATO-Partner und die EU vorgehalten werden können, um die Verteidigung Europas zu gewährleisten. Dringend benötigte Hochwertfähigkeiten sollten nicht nur national, sondern gerade auch EU-gemeinsam ausgebaut, (weiter-)entwickelt und im Idealfall gepoolt werden.

Das System der europäischen **Rüstungsindustrie** ist dysfunktional und muss reformiert werden. Wir wollen eine europäische Rüstungskoooperation, die bündelt, einspart und Exporte radikal verringert. Durch eine vertiefte Rüstungskoooperation unter europäischen Partnern kann der vermeintliche Exportdruck für Rüstungsfirmen reduziert werden. Parallel zu diesem Konsolidierungsprozess wollen wir die Verbindlichkeit der bestehenden EU-Rüstungsexportvereinbarungen deutlich erhöhen und Regelungslücken schließen. Dazu gehört auch, bestehende Rüstungsvorhaben, gerade auch mit Drittstaaten, auf den Prüfstand zu stellen. Als deutsche Sozialdemokratie machen wir uns dafür stark, dass der Export europäischer Rüstungsgüter in Drittstaaten außerhalb von EU-, NATO- und gleichgestellten Ländern weiter eingeschränkt wird. Voraussetzung für jede Form der Rüstungskoooperation muss die Ratifizierung des Vertrags über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty, ATT) und dessen konsequente Umsetzung sein.

Um als selbstbewusste Friedensmacht auftreten zu können, ist es eine Voraussetzung, die außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Integration auf solidere **demokratische, institutionelle und rechtliche Fundamente** zu stellen. Da außenpolitische Entscheidungen bislang dem Prinzip der Einstimmigkeit unterliegen, werden in Teilen Entscheidungsprozesse aufgrund von Differenzen zwischen Mitgliedstaaten verschleppt und inhaltsschwache oder sogar gar keine Entscheidungen getroffen. Um das Wohl der Gemeinschaft über die Partikularinteressen der Nationalstaaten zu stellen und damit die Stärkung und den Schutz der EU im Blick zu haben, sollten außenpolitische Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit gefällt werden.

Das Amt des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sollte langfristig weiter in Richtung der Position eines EU-Außenministers umgewandelt werden, so dass die Person als wichtigster außenpolitischer Vertreter der EU entsprechend auftreten kann. In diesem Zuge sollte auch der Europäische Auswärtige Dienst mit angemessenen Haushaltsmitteln ausgestattet werden.

Die demokratische Einbettung der Bundeswehr ist ein zentrales sicherheitspolitisches und gesellschaftspolitisches Anliegen – als Sozialdemokraten setzen wir uns dafür ein, dass wir auch auf europäischer Ebene militärische Integration demokratisch noch besser verankern und die Schnittstelle zwischen nationalen Parlamenten und EU-Parlament effektiver und belastbarer gestalten. Konkret sollte das Europäische Parlament im Falle von europäischen militärischen Einsätzen in Drittstaaten anders als bisher über einen Zustimmungsvorbehalt verfügen.

Sicherheitspolitik bedeutet auch Verbrechensbekämpfung. Die EU ist sowohl Transit- als auch Zielgebiet für grenzübergreifende Organisierte Kriminalität. Mit Europol verfügen wir über eine Polizeibehörde, die europaweit vernetzt und in polizeilicher Zusammenarbeit mit Drittländern gegen diese Form des Verbrechens ermittelt. Wir setzen uns für eine Stärkung von Europol und den Ausbau der Europäischen Staatsanwaltschaft ein, um EU-weite Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit zu fördern.

EIN SOUVERÄNES EUROPA ALS MULTILATERALER VORREITER

Der Erhalt und die Stärkung der multilateralen regelbasierten Weltordnung liegen im Kerninteresse der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten. Ein souveränes Europa tritt deshalb auf der weltpolitischen Bühne als multilateraler, konstruktiver und verlässlicher Akteur auf, der für die Einhaltung und Weiterentwicklung der regel- und kooperationsbasierten internationalen Ordnung einsteht, solidarisch zur Überwindung globaler Herausforderungen beiträgt und Länder des Globalen Südens besonders unterstützt. Damit stellt ein souveränes Europa einen klaren Gegenentwurf zu „My-Country First-Strategien“ und unilateralen Reflexen, zur Renaissance von Großmachtpolitik und der Aushöhlung globaler Regelwerke dar. Durch das **Akzeptieren und Weiterentwickeln multilateraler Regelwerke** beschränkt das souveräne Europa nur scheinbar seinen Handlungsspielraum und ist – wie die anderen Staaten des multilateralen Systems – schlussendlich Profiteur einer Ordnung der Zusammenarbeit statt der Konfrontation.

In der gegenwärtigen Krise des Multilateralismus, in der sich mit den USA die bisherige Stütze der multilateralen Ordnung zurückzieht und sie teils sogar aktiv schwächt, geht es ad hoc darum, die bestehenden Strukturen zu verteidigen und, wo möglich, zu stärken. Mittelfristig befindet sich der Multilateralismus an einer Weggabelung: Gelingt es, an Meilensteinen wie dem Pariser Klimaabkommen, der Agenda für nachhaltige Entwicklung oder den Globalen Migrationspakt anzuknüpfen und das Fundament multilateralen Handelns zu stärken? Oder verstärkt die Corona-Pandemie die Fragmentierung und Schwächung multilateralen Handelns?

An dieser Weggabelung kommt einem souveränen Europa eine zentrale Rolle zu: Es muss sein politisches Gewicht für die **Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der multilateralen Ordnung** einsetzen. Konkret ansetzen sollte die EU bei der internationalen Klima-, Gesundheits-, Handels- und Rüstungskontrollpolitik. Die EU ist gewappnet, um eine ambitionierte Führungsrolle in der internationalen Klimadiplomatie auszuüben. Zusammen mit den Mitgliedstaaten ist sie eine finanzstarke Geberin für Klimaschutz und Entwicklungszusammenarbeit sowie eine der weltweit größten Wirtschaftsmächte. Sie kann ihr politisches Kapital in Klimaverhandlungen einbringen und die Umsetzung der Pariser Klimaziele ambitioniert vorantreiben.

In der Gesundheitspolitik hat die Corona-Pandemie es noch einmal deutlich gemacht: Es braucht eine **starke und unabhängige internationale Autorität in Gesundheitsfragen**. Um die Handlungsfähigkeit der Weltgesundheitsorganisation zu stärken und effektive Reaktionen auf künftige Krisen zu ermöglichen, sollte die EU die Reform der WHO vorantreiben und sich für eine stabile Finanzierung einsetzen, die es der WHO ermöglicht, unabhängig von wirtschaftlichen und politischen Interessen zu agieren. Zum Ausbau der globalen Gesundheitsgovernance müssen auch andere wichtige Institutionen, wie etwa UNICEF, UNAIDS, der VN-Bevölkerungsfonds sowie Multistakeholderinitiativen wie der Globale Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM), der Koalition für Innovationen in der Epidemievorbereitung (CEPI) oder die Impfallianz Gavi finanziell gut ausgestattet und koordiniert werden. Die EU sollte einen konkreten Aktionsplan zu ihrer Rolle in der globalen Gesundheit auf den Weg bringen und dabei den Fokus auf die Gesundheitssystemstärkung und das Menschenrecht auf Gesundheit legen. Der „Health-In-All-Policies-Ansatz“ muss konsequent verfolgt und die verschiedenen Dimensionen globaler Gesundheit auf europäischer Ebene zentraler koordiniert werden.

Bestehende **Regime für Rüstungskontrolle und Abrüstung** (New START, CTBT, Open Skies Treaty u.a.) müssen dringend bewahrt und an das veränderte geopolitische Umfeld sowie neue technologische Entwicklungen, wie letale autonome Waffensysteme, angepasst werden. Zugleich bleibt die Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) – Abrüstung und Nichtverbreitung – Priorität sozialdemokratischer Außenpolitik. Ein souveränes Europa setzt sich für einen Neustart in der Entwicklung einer kooperativen europäischen Sicherheitsordnung ein – im Dialog mit den USA und Russland unter dem Dach der OSZE.

Dort, wo es Blockaden und Stillstand gibt, nutzt ein souveränes Europa seine Glaubwürdigkeit und aktive Mittlerrolle und lädt Partner ein, unter Bezug auf zentrale Werte und mit Mut zu positiven Visionen innovative Ideen zu entwickeln und diese effektiv in die internationale

Debatte einzubringen. Es mobilisiert Gleichgesinnte und unterstützt hierbei Formate wie die „**Allianz für Multilateralismus**“ bei der Stärkung multilateraler Strukturen.

Neben der Gestaltung der multilateralen Ordnung wird sich Europas Souveränität jedoch vor allem in der Gestaltungskraft gegenüber wichtigen Staaten bemessen. Hier muss ein souveränes Europa seine Beziehungen zu großen Ländern zwischen den Polen „Partnerschaft und Kooperation“ und „Wettbewerb und Systemrivalität“ neu ordnen. Ein starkes und souveränes Europa kann **mit Großmächten partnerschaftliche Beziehungen auf Augenhöhe** gestalten und zugleich in den Bereichen, in denen dies notwendig erscheint, mit ihnen im Wettbewerb bestehen.

Die **transatlantischen Beziehungen** sind zentraler Bezugspunkt für unser Handeln, auch wenn das Vertrauen in die Verlässlichkeit des transatlantischen Partners in den letzten Jahren stark gelitten hat. Ein souveränes Europa braucht die USA und auch Großbritannien – gerade auch nach dem Brexit – als starke Partner an seiner Seite. Wir wollen das transatlantische Verhältnis neu bestimmen und wiederbeleben: Differenzen, vor allem bei Fragen der Sicherheitspolitik, des Klimawandels und der globalen Gesundheitspolitik wollen wir ausräumen, Handelsspannungen abbauen, und eine gemeinsame Führungsrolle beim wirtschaftlichen Wiederaufbau nach der Corona-Pandemie übernehmen. Extraterritoriale Sanktionen zur Durchsetzung ökonomischer oder politischer Interessen gegen eigentliche Partner lehnen wir strikt ab. Um seine Resilienz gegenüber extraterritorialen Sanktionen zu stärken sollte ein souveränes Europa robuste und innovative Instrumente entwickeln, die europäische oder in Europa agierende Unternehmen, Organisationen und Individuen vor nach europäischem Recht ungerechtfertigten Sanktionen von Drittstaaten schützen. Hierbei sollte über rechtliche und praktische Lösungen und Instrumente die beispielsweise finanziellen und/oder juristischen Beistand sicherstellen diskutiert werden. Bereits bestehende Ansätze sollten, wo nötig, weiterentwickelt werden.

Europas Beziehungen zu **Russland** sind immer wieder geprägt von Rückschlägen und Problemen. Dies umfasst auch grundsätzliche Konflikte, wie Hackerangriffe, Desinformationskampagnen, oder aber auch Tabubrüche wie militärische Drohgebärden, der gezielte Einsatz von international geächteten Kampfstoffen oder Söldnern zum Erreichen politischer Ziele. Ein Verstoß gegen die Ächtung chemischer Waffen, ein existenzielles Prinzip internationaler Zusammenarbeit – wie wir ihn gemeinsam mit unseren Partnern bei der Vergiftung Alexej Nawalnys belegen konnten – sind ein Problem für die ganze Staatengemeinschaft. Die russische Führung muss diese Vorfälle rückhaltlos aufklären, die notwendigen Konsequenzen ziehen und so die Grundlage für Dialog schaffen. Denn gleichzeitig ist klar: Dauerhaften Frieden in Europa kann es nicht geben, sondern nur mit Russland geben, auch wenn sich einige Mitgliedsstaaten durch Russland bedroht sehen. Den unterschiedlichen Bedrohungsperzeptionen werden wir Rechnung tragen, wir nehmen die Sorgen unserer osteuropäischen Partner ernst. Daher verfolgen wir eine neue europäische Ostpolitik, die den Fokus auf eine gemeinsame und kohärente EU-Politik gegenüber Russland legt. Ein souveränes Europa bietet Russland den Dialog an. Dies setzt aber gleichzeitig auch eine konstruktive Dialogbereitschaft seitens Russlands voraus, um am Abbau von Spannungen zu arbeiten. Dazu zählt auch, dass der Weg zu einer friedlichen Lösung des Ukraine Konflikts und zu einer Beendigung der beiderseitigen Sanktionen maßgeblich von der vollständigen Umsetzung der Minsker Vereinbarungen abhängt. Die Werte und Prinzipien der OSZE sind die

Grundlage dieser europäischen Ostpolitik. An deren Einhaltung müssen sich alle, insbesondere auch Belarus, messen lassen.

Auch in den Beziehungen zu **China** gibt es für ein souveränes Europa Kooperationsfelder, die es konstruktiv und zum beiderseitigen Gewinn gestalten kann. Unser Grundsatz gegenüber Peking sollte sein: „Wo möglich öffnen, wo nötig schützen.“ Ziel muss ein gemeinsames europäisches Vorgehen in Fragen der Menschenrechte, der Handels- und Investitionspolitik sowie der Umwelt- und Klimapolitik sein. Dabei ist es entscheidend, den Versuchen, die Beziehungen zu bilateralisieren und damit die Einheit der EU zu schwächen, entgegenzutreten. Europa muss gegenüber China geeint auftreten. Dabei muss eine souveräne europäische Chinapolitik differenzierte Antworten und Reaktionen für differenzierte Herausforderungen entwickeln. China ist für Europa nicht nur Kooperationspartner, sondern zugleich auch wirtschaftlicher Konkurrent und ideologischer Systemrivale. Gerade bei Menschenrechten, der Handels- und Investitionspolitik sowie der Umwelt- und Klimapolitik muss Europa deshalb klar Position beziehen. Letztendlich muss die Systemkonkurrenz das Ausmaß bestimmen, in dem Europa die Partnerschaft mit China konkret ausgestalten kann und auf welche Art und Weise es den wirtschaftlichen Wettbewerb aufnimmt. Die konkrete Ausgestaltung der Partnerschaft mit China wird deshalb nicht zuletzt von den Fortschritten und der Bereitschaft zum Respekt für unsere Werte und Prinzipien in diesen und anderen Bereichen abhängen.